

Fraktion **direkt**

79 | 17. Mai 2013

Zur Lage

Sorgen vor Kriminalität sind berechtigt Zahl der Wohnungseinbrüche alarmierend

Foto: Martin Lengemann



Volker Kauder
Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Deutschland versinkt bestimmt nicht in Kriminalität. Die Bürger leben im Großen und Ganzen sicher. Dennoch müssen uns einzelne Aussagen der neuen Kriminalitätsstatistik alarmieren. Es muss uns aufrütteln, wenn in Deutschland alle vier Minuten eine Wohnung oder ein Haus aufgebrochen wird.

Insgesamt schlugen die Täter 2012 in rund 145.000 Fällen zu. Das sind immerhin fast neun Prozent mehr als im vergangenen Jahr. Die Polizei-Gewerkschaft sagt uns auch, dass die Einbrecher immer brutaler werden – und es nicht nur auf leere Wohnungen oder Häuser abgesehen haben. Auch wenn die Besitzer im Haus sind, schlagen sie zu. Und selbst wenn es nicht zu Gewalt kommt, sind nach einem Einbruch die Opfer über den materiellen Verlust hinaus geschädigt.

Einbruchdiebstahl ist schon heute ein schweres Delikt, das mit hohen Haftstrafen geahndet werden kann. Wir müssen uns aber angesichts der jüngsten Einbruchzahlen anschauen, ob dieser Strafrahmen tatsächlich ausreicht. Wir wissen, dass Strafverschärfungen allein das Problem nicht lösen. Ausschließen darf man sie aber dennoch nicht. Vielleicht muss der Gesetzgeber noch einmal ein Signal setzen.

„Auch die Gerichte sind gefordert“

Aus meiner Sicht sind auch die Gerichte gefordert. Sie müssen sich überlegen, ob sie die Täter nicht härter bestrafen sollten. Angesichts der steigenden Einbruchzahlen muss von den Urteilen ein Abschreckungseffekt ausgehen, zumal im Augenblick nur wenige Täter gestellt werden können. Bei der Strafverfolgung sind wiederum die Länder gefordert. Sie sind primär für die innere Sicherheit zuständig und müssen reagieren. Eine der Hauptaufgaben des Staates ist und bleibt es, für die Sicherheit seiner Bürger zu sorgen.

Videüberwachung muss ausgeweitet werden

Das führt mich zu einem weiteren Punkt. Die Bundespolizei sieht immerhin 44 deutsche Bahnhöfe als besonders terrorbedroht an. 85 könnten weitere Ziele von Terroristen sein. Dennoch mangelt es an modernen Videoanlagen, die Bilder aufzeichnen und abspeichern können. Hier ist auch die Bahn gefordert, mehr für die Sicherheit der Bahnhöfe zu tun.

Die anderen Parteien sollten endlich aufhören, immer nur das Horrorszenario zu malen, dass mehr Videokameras dem Überwachungsstaat Tür und Tor öffnen. In unserem Staat werden Bürgerrechte sehr ernst genommen. Der Staat hat aber auch Schutzpflichten für seine Bürger.

Volker Kauder

Inhalt

Sorgen vor Kriminalität sind berechtigt	1
Mit Vernunft in die Zukunft Europas	2
Bundeswehrreform auf gutem Weg	3
Das Vertrauen in die Banken wiederherstellen	4
Suche nach Atommüll-Endlager beginnt neu	5
Kroatien wird EU-Mitglied	5
Kein Tempolimit auf deutschen Autobahnen	6
Für mehr Sicherheit auf deutschen Straßen	6
„Deutschland lebt von der Kreativität seiner Menschen“	7
Verfolgten Christen eine Stimme geben	8
„Soviel Du brauchst“	9
Neue Publikationen der Unionsfraktion	9
Letzte Seite	10

Impressum

Herausgeber
Michael Grosse-Brömer MdB
Stefan Müller MdB
CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1
11011 Berlin

V.i.S.d.P.: Ulrich Scharlack
Redaktion: Claudia Kemmer (verantw.)

T 030. 227-5 30 15
F 030. 227-5 66 60
pressestelle@cducsu.de

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Kommentar

Mit Vernunft in die Zukunft Europas

Nur die Union ist Garant für konsequente Reformpolitik



Foto: Dominik Butzmann

Michael Grosse-Brömer

Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Es scheint, als habe die SPD nun endgültig die Orientierung verloren. Ihr Parteichef fordert öffentlich ein allgemeines Tempolimit von 120 Stundenkilometern, die Partei fordert 130 Stundenkilometer und der Kanzlerkandidat hält ein Tempolimit für völlig sinnlos. Das passt in die Reihe von Pannen und Peinlichkeiten der letzten Monate. Fahrlässig wird es aber, wenn die SPD nun das Thema Stabilisierung des Euro gegen alle Zusagen und wider besseres Wissen zu Wahlkampfzwecken missbraucht.

Seit knapp zwei Jahren stimmt die SPD im Bundestag für die Maßnahmen zur Rettung und Stabilisierung des Euro. Vom Fiskalvertrag über den Pakt für Wettbewerbsfähigkeit und die Hilfen für einzelne Mitgliedstaaten bis zu den Euro-Rettungsschirmen: Die SPD hat sich in schwierigen Situationen oft verantwortlich gezeigt und den Kurs von Bundeskanzlerin Angela Merkel unterstützt. Von diesem Weg der staatspolitischen Verantwortung scheint sie nun abzukommen. Der SPD-Parteivorsitzende jedenfalls hat sich gegen die Politik des konsequenten Sparens und Reformierens ausgesprochen. Letztlich macht er damit nichts anderes, als den Weg des geringsten Widerstands zu gehen

und die Schulden in der Euro-Zone zu vergemeinschaften. Die SPD schürt Ängste und instrumentalisiert die Notlage in den Programmländern, wenn sie die Strategie der Bundesregierung und ihre Erfolge öffentlich schlechtredet. Und sie fällt in alte und falsche Verhaltensmuster zurück: Seinerzeit war es die SPD-geführte Regierung, die die EU-Defizitziele aufweichte und damit die entscheidende Sündebeging.

Rückhalt in Europa

Die CDU/CSU-Fraktion hingegen bleibt bei ihrem mitunter steinigen Weg der Vernunft. Denn wir wissen: Es ist der richtige. Nur durch eine Neuordnung der Staatshaushalte und durch konsequente Strukturreformen werden alle Länder der Euro-Zone wieder auf den Weg des nachhaltigen Wachstums kommen. Dass sich die Euro-Zone so wieder stabilisieren kann, das zeigen die jüngsten Zahlen zum stark gesunkenen Defizit in Griechenland oder die Tatsache, dass Portugal und Irland zu immer besseren Bedingungen Geld an den Märkten aufnehmen können. Den schweren Problemen bei der Bewältigung der Krise treten wir dabei mit vereinten Kräften entgegen. Noch in diesem Monat treffen sich beispielsweise die Arbeits- und Finanzminister Frankreichs und Deutschlands und erarbeiten konkrete Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in Europa.

Mit ihrer Forderung nach einer nachhaltigen Politik steht die Bundesregierung in Europa übrigens nicht alleine da. Von der EZB bis zur Mehrheit der Mitgliedstaaten – sie alle stehen hinter dem Kurs der Vernunft für eine gute Zukunft in der Europäischen Union.

Bundeswehrreform auf gutem Weg

Regierungserklärung des Verteidigungsministers – Tiefgreifender Umbruch in der Geschichte der Bundeswehr

Verteidigungsminister Thomas de Maizière sieht die Bundeswehr drei Jahre seit dem Start ihrer Neuausrichtung auf einem guten Weg. „Als vereintes, starkes und souveränes Land im Herzen Europas tragen wir eine Mitverantwortung für Stabilität und Sicherheit in der Welt“, betonte der Minister in seiner Regierungserklärung am Donnerstag vor dem Bundestag. Mit der Reform der Bundeswehr werde ein „verteidigungspolitischer Schlussstrich unter den Kalten Krieg“ gezogen.

Die Neuausrichtung hat das vorrangige Ziel, eine einsatzorientierte Bundeswehr zu schaffen, die auf die sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen ausgerichtet ist. Dazu hatte im Oktober 2010 eine Strukturkommission erste Vorschläge gemacht, die im März 2011 mit den verteidigungspolitischen Richtlinien konkretisiert wurden. Bis 2017 soll die Reform weitgehend abgeschlossen sein. Schon heute würden die Veränderungen sichtbar, sagte de Maizière.

Ziel: 10.000 Soldaten gleichzeitig im Einsatz

Die Aufgabe der Bundeswehr hat sich nach dem Ende des Kalten Krieges gewandelt: Während vorher die Landes- und Bündnisverteidigung im Vordergrund standen, sind es jetzt die internationale Konfliktverhütung und Krisenbewältigung. Um dafür gerüstet zu sein, müssen Soldaten und Gerät gleichzeitig für mehrere Einsätze in unterschiedlichen Krisengebieten gestellt werden können. Das Konzept sieht vor, dass zukünftig zeitgleich rund 10.000 Soldaten im Einsatz sein können.

Die Neuausrichtung der Bundeswehr ist die grundlegende Antwort auf die veränderte sicherheitspolitische Lage, die von lokalen Krisenherden, von zerfallenden Staaten und dem internationalen Terrorismus geprägt ist. Die Reform sei aber auch „ein geistiger Prozess, der das Selbstverständnis der Bundeswehr berührt“,



Foto: Tobias Koch

Verteidigungsminister de Maizière bei der Regierungserklärung

sagte der Minister in seiner Regierungserklärung. Sie sei mehr als nur eine Reihe von Standortschließungen, sondern „ein tiefgreifender Umbruch in der Geschichte der Bundeswehr“. Knapp 5.000 der 6.400 Organisationselemente der Streitkräfte und des Ministeriums seien direkt betroffen – die restlichen mindestens indirekt, erläuterte er.

Der Verteidigungsminister verglich die Bundeswehr mit einem global agierenden Konzern – „mit bisher 300.000 Mitarbeitern an rund 400 Standorten, mit Kampftruppe, einem Luftfahrtunternehmen, einer Reederei, einem Krankenhausverbund, einem Logistikunternehmen, mit einem entsprechenden Verwaltungsapparat“. De Maizière räumte auch Hemmnisse bei der Umsetzung ein: „Solch ein komplexes Gebilde bei laufendem Betrieb zu verändern, ist überall schwierig.“

Personalgewinnung: Konkurrenz zur Wirtschaft

Sichtbare Zeichen der Neuausrichtung sind die Aussetzung der Wehrpflicht und die Verkleinerung der Truppe von 250.000 auf höchstens 185.000 Soldaten. Die demografische Entwicklung in Deutschland müsse die Bundeswehr in ihren Planungen

ebenfalls berücksichtigen, sagte der Minister. Langfristig werde es für die Bundeswehr – wie für alle Arbeitgeber – schwieriger werden, qualifizierten Nachwuchs in ausreichender Zahl zu gewinnen. Es sei ein „ambitioniertes Ziel, das die Bundeswehr in schärfer werdender Konkurrenz zur übrigen Wirtschaft erreichen will“, heißt es im Ressortbericht des Verteidigungsministeriums, den das Bundeskabinett bereits beraten hatte. Die Bundeswehr sei eine Freiwilligenarmee, aber keine Berufarmee, stellte de Maizière klar. Mehr als zwei Drittel der Soldaten seien zukünftig Zeitsoldaten. Diese verließen die Streitkräfte höher qualifiziert als bei ihrem Eintritt.

„Reißleine beim Euro Hawk gezogen“

Der Minister will bei zukünftigen Beschaffungsvorhaben „von Beginn an alle denkbaren Probleme in den Blick nehmen“. Mit Blick auf den Ausstieg aus dem Drohnenprojekt Euro Hawk sagte er: „Wenn wir sehen, dass Probleme nicht adäquat behoben werden können, dann ziehen wir lieber die Reißleine.“

Das Vertrauen in die Banken wiederherstellen

Michael Meister über die europäische Bankenaufsicht – EZB verfügt über die nötige Expertise



Foto: CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Michael Meister
Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

In gut einem Jahr soll die europäische Bankenaufsicht ihre Arbeit aufnehmen. Die bei der Europäischen Zentralbank (EZB) angesiedelte Behörde soll überwachen, ob die Banken auch solide wirtschaften. Am Freitag beschäftigte sich der Bundestag in erster Lesung mit der Aufsicht. „Fraktion direkt“ sprach darüber mit dem stellvertretenden CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Michael Meister.

Herr Meister, die Schaffung der europäischen Bankenaufsicht ist eine der Lehren, die die Euro-Staaten aus der Schuldenkrise ziehen. Was muss die neue Überwachungsbehörde leisten?

Meister: Wir setzen mit unserer Finanzmarktregulierung an verschiedenen Stellen an. Zum einen bei den Kreditinstituten selbst: So machen wir sie widerstandsfähiger gegen Risiken, unterbinden falsche Vergütungsanreize und verlangen zum Schutz der Kundeneinlagen die Abtrennung risikoreicher Geschäfte. Zum anderen stärken wir die Bankenaufsicht auf nationaler und europäischer Ebene. Dabei fällt nun der EZB die Aufgabe zu, einheitliche Aufsichtsstandards für bedeutende Kreditinstitute durchzusetzen. Ziel ist es, das Vertrauen in die Banken wieder-

herzustellen und die Finanzstabilität zu festigen.

Die EZB soll die „bedeutenden“ Kreditinstitute der teilnehmenden Staaten beaufsichtigen. Was heißt das?

Meister: Ob ein Kreditinstitut von der EZB beaufsichtigt wird, richtet sich nach seiner Größe, seiner Relevanz für die Wirtschaft oder dem Umfang der grenzüberschreitenden Beziehungen. Als bedeutend in diesem Sinne gelten Kreditinstitute mit einer Bilanzsumme von mehr als 30 Milliarden Euro oder mehr als 20 Prozent des Bruttoinlandsprodukts eines Mitgliedstaates. Unabhängig davon unterliegen mindestens die drei größten Kreditinstitute eines Euro-Staates der einheitlichen Aufsicht. Die weniger bedeutenden Banken unterstehen weiterhin den nationalen Aufsichtsbehörden.

„Doppelt- und Dreifachprüfungen vermeiden“

Die einheitliche Aufsicht soll bei der EZB angesiedelt werden. Wird dadurch nicht ihre Unabhängigkeit beeinträchtigt?

Meister: Natürlich darf die Unabhängigkeit der EZB in Fragen der Geldpolitik nicht angetastet werden. Gleichzeitig halte ich die EZB für die am besten geeignete europäische Institution, um die einheitliche Aufsicht wahrzunehmen. Sie verfügt über umfangreiche makroökonomische Kenntnisse und eine sehr gute Expertise in Fragen der Finanzstabilität. Dieser „Spagat“ wird durch die vollständige personelle und organisatorische Trennung der beiden Aufgabebereiche bewältigt. Dazu soll innerhalb der EZB ein eigenes Auf-

sichtsgremium eingerichtet werden, das die Aufsichtsentscheidungen trifft.

Welche Folgen hat die Neuregelung für die BaFin – die deutsche Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht?

Meister: Die EZB und die nationalen Aufsichtsbehörden werden in Fragen der Aufsicht eng zusammenarbeiten müssen. In dem erwähnten Aufsichtsgremium wird auch ein deutscher nationaler Aufseher mit Stimmrecht sitzen. Doppel- oder Dreifachprüfungen sollen aber vermieden werden. Im Übrigen werden Bundesbank und BaFin wie bisher die in der nationalen Aufsicht verbleibenden Kreditinstitute beaufsichtigen.

Welche weiteren Schritte folgen nach der Einrichtung der europäischen Aufsicht?

Meister: Die einheitliche Bankenaufsicht soll im nächsten Jahr ihre Tätigkeit aufnehmen. Sie ist jedoch nur ein Teil der angestrebten Bankenunion. Ihre weiteren Säulen sind die Einlagensicherung und ein Restrukturierungsmechanismus für Banken einschließlich einer Bankenabgabe. Mit ihr soll dafür gesorgt werden, dass im Falle einer Bankschließung die Einlagen gesichert sind und der Steuerzahler nicht für die Bankeninsolvenz aufkommen muss. Dabei gilt für uns, dass zunächst die Bank selbst, dann der Nationalstaat und zuletzt der ESM für die Rettung eintritt. Europäische Lösungen, bei denen die Einlagensicherung und die Bankenabgabe in einen europäischen Topf wandern, lehnen wir ab, weil deutsche Sparer und Banken nicht für in Not geratene Banken im europäischen Ausland einstehen sollen. Wir haben in Deutschland beides umgesetzt; andere Staaten können dies auf nationaler Ebene ebenfalls leisten.

Suche nach Atommüll-Endlager beginnt neu Bundestag debattiert Gesetz über Standortauswahl

In Deutschland beginnt die Standort-suche für ein atomares Endlager neu. Darauf haben sich alle Beteiligten über Länder- und Parteigrenzen hinweg Anfang April geeinigt. Nach dem entsprechenden Gesetzentwurf, der am Freitag in erster Lesung im Bundestag beraten wurde, soll eine Bund-Länder-Kommission aus 24 Mitgliedern die Sicherheitsanforderungen sowie die Auswahlkriterien für den Standort festlegen. Bundesumweltminister Peter Altmaier gab dazu im Bundestag eine Regierungserklärung ab.

Der jahrzehntelange Konflikt um ein Endlager für hochradioaktive Abfälle ist damit beendet. Die Kommission soll Altmaier zufolge bis 2015 Vorschläge für die Auswahlkriterien

erarbeiten. Die Entscheidung über die einzelnen Schritte des Auswahlverfahrens trifft der Bundestag. Dazu gehört auch die Entscheidung über die Standorte, deren Eignung schließlich über- und untertägig erkundet werden soll. Wesentliches Kriterium für die Standortauswahl ist die höchstmögliche Sicherheit nach dem Stand der Wissenschaft.

Prinzip der „weißen Landkarte“

Die Standortsuche folgt dem Prinzip der „weißen Landkarte“. Das bedeutet, dass nun vorbehaltlos Alternativen zum Salzstock Gorleben im Nordosten von Niedersachsen geprüft werden, der jahrzehntelang als Atom-

müllendlager favorisiert worden war. Eine Vorfestlegung auf einen bestimmten Standort gibt es nicht. Bei den einzelnen Verfahrensschritten zur Auswahl eines Endlagers soll größtmögliche Transparenz gewahrt werden, um eine breite Übereinstimmung zu erzielen. Auch sollen die Bürger beteiligt werden.

Die Castor-Transporte nach Gorleben werden nach dem Gesetzentwurf eingestellt. Nun werden die Voraussetzungen dafür geklärt, dass die im Ausland lagernden radioaktiven Abfälle in andere Zwischenlager gebracht werden können.

Kroatien wird EU-Mitglied Bundestag macht Weg dafür frei

Kroatien wird am 1. Juli als 28. Mitglied der Europäischen Union beitreten. Mit der Ratifizierung des Beitrittsvertrages hat der Bundestag am Donnerstag den Weg dafür frei gemacht. Die EU-Kommission hatte dem Balkanland in ihrem letzten Monitoringbericht Ende März bescheinigt, die Voraussetzungen für die Mitgliedschaft nun zu erfüllen.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hatte von Anfang an darauf bestanden, diesen Monitoringbericht abzuwarten. Der Bericht zeigt auch, dass wichtige Anpassungen – etwa im Rechtsstaatsbereich – erst nach dem Abschluss der Beitrittsverhandlungen im Juni 2011, und zwar erst in der Zeit von Januar bis März 2013, getroffen wurden. Grund dafür ist, dass die Verhandlungen zu diesem Komplex viel zu spät begonnen wurden. Deshalb ist es richtig, bei Beitrittsverhandlungen ab sofort mit dem Bereich Justiz und Inneres zu beginnen – wie im Fall Montenegro.

Reformen fortsetzen

Kroatien muss seine Reformanstrengungen fortsetzen. Zwar ist es heute in Fragen der Rechtsstaatlichkeit bereits weiter, als es Rumänien und Bulgarien nach sechs Jahren EU-Mitgliedschaft sind. Das zeigt sich insbesondere bei der Korruptionsbekämpfung auf hoher Ebene. Das Verfahren gegen den ehemaligen Ministerpräsidenten Ivo Sanader ist ein herausragendes Beispiel

dafür. Nun muss aber auch die Korruption auf der mittleren und unteren Ebene engagiert bekämpft werden. Mit Blick auf die schwierige wirtschaftliche Lage des Landes muss Kroatien zudem seine Wettbewerbsfähigkeit stärken, indem es die Strukturreformen fortsetzt, eine moderne Verwaltung aufbaut und den ordnungspolitischen Rahmen für Investitionen verbessert. Notfalls muss die EU-Kommission dafür Druck ausüben.



Foto: picture alliance/ AP Photo

Kein Tempolimit auf deutschen Autobahnen

Unionsfraktion lehnt Pläne von SPD-Chef Gabriel ab – Aktuelle Stunde im Bundestag

Ein Tempolimit auf deutschen Autobahnen lehnt die CDU/CSU-Fraktion entschieden ab. In einer aktuellen Stunde des Bundestages sprachen sich Unionsabgeordnete für Investitionen in die Infrastruktur und den Einsatz intelligenter technischer Systeme zur Verbesserung der Verkehrssicherheit aus. Die SPD forderten die Politiker von CDU und CSU auf, die Verwirrung um ihren Standpunkt zu beenden. In der vergangenen Woche hatte sich SPD-Chef Sigmar Gabriel für eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf Autobahnen von 120 Stundenkilometern ausgesprochen, während SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück ein Tempolimit ablehnte.

Die Unionsabgeordneten betonten: „Jeder Verkehrstote ist einer zu viel.“ Ein generelles Tempolimit schaffe hier aber keine Abhilfe, wie statistische Vergleiche mit Österreich oder den USA zeigten, wo es Geschwindigkeitsbegrenzung auf Autobahnen gibt. Der CDU-Verkehrsexperte Gero Storjohann sagte: „Die CDU/CSU-Fraktion setzt sich mit aller Kraft dafür ein, dass Verkehrssicherheit ein Schwerpunktthema bleibt.“ Dabei gehe es aber um Fahrzeugsicherheit, die Beschaffenheit von Straßen und die Verkehrsinfrastruktur.

Die CSU-Verkehrspolitikerin Daniela Ludwig verwies darauf, dass bereits auf 40 Prozent aller Streckenabschnit-

te von Autobahnen ein Tempolimit bestehe – aufgrund von Baustellen, zum Lärmschutz oder aus Sicherheitsgründen. „Ein generelles Tempolimit für jeden Autobahnkilometer ist aber nicht zielführend“, sagte sie. Der CDU-Abgeordnete Thomas Jarzombek fügte hinzu, ein mündiger Bürger müsse von selbst seine Geschwindigkeit an die Gegebenheiten anpassen. Beide wiesen darauf hin, dass die meisten Unfälle ohnehin auf Landstraßen passierten – trotz des Tempolimits dort. Der CDU-Politiker Volkmarm Vogel nannte ein Limit von 120 auf Autobahnen einen „Angriff auf die Mobilität“ und den „Anfang vom Ende des Individualverkehrs“.

Für mehr Sicherheit auf deutschen Straßen

Bundestag beschließt Reform des Punktesystems für Autofahrer

Das Flensburger Punktesystem für Autofahrer wird einfacher, gerechter und transparenter. Der Deutsche Bundestag beschloss am Donnerstag die Reform des Verkehrszentralregisters. Sie soll in erster Linie zu mehr Sicherheit auf deutschen Straßen führen. Denn sie trifft vor allem diejenigen Fahrer, die wiederholt diese Sicherheit gefährden.

Künftig wird es im Punktesystem

nur noch drei Kategorien geben: ein Punkt bei Ordnungswidrigkeiten, die die Verkehrssicherheit beeinträchtigen, zwei Punkte bei Ordnungswidrigkeiten, die die Verkehrssicherheit „besonders“ beeinträchtigen, sowie bei Straftaten ohne Führerscheinentzug und drei Punkte bei Straftaten mit Führerscheinentzug. Bei vier schweren Verstößen wird die Fahrerlaubnis entzogen. Ordnungswidrigkeiten hin-

gegen, zum Beispiel Parkverstöße, die den Verkehr nicht gefährden, sollen nicht mehr gespeichert werden.

Klare Tilgungsfristen

Künftig gibt es klare Tilgungsfristen: Die Verkehrssicherheit beeinträchtigende Ordnungswidrigkeiten verjähren nach zweieinhalb Jahren. Der freiwillige Punkteabbau wird auch nach der Reform fortgeführt: Absolviert der Inhaber einer Fahrerlaubnis freiwillig ein Fahreignungsseminar, kann er bei einem Punktestand von vier oder fünf Punkten zwei Punkte abbauen. Ein solcher Punkteabzug ist jedoch nur einmal innerhalb von fünf Jahren möglich.

Die neuen Fahreignungsseminare, die die bisherigen Aufbau-seminare ersetzen, verknüpfen neueste verkehrspädagogische und verkehrspsychologische Elemente. Ein reines „Absitzen“ der Seminare wird nicht mehr möglich sein.



Foto: picture alliance/dpa

„Deutschland lebt von der Kreativität seiner Menschen“

Traditioneller Filmempfang der CDU/CDU-Fraktion



Foto: Tobias Koch

Iris Berben mit Bernd Neumann, Volker Kauder und Wolfgang Börnsen beim Filmempfang der Unionsfraktion

„Deutschland hat keine Rohstoffe, keine Diamanten. Deutschland lebt von der Kreativität seiner Menschen.“ Mit diesen Worten appellierte die Präsidentin der Deutschen Filmakademie, die Schauspielerin Iris Berben, an die Politik, die Filmbranche zu unterstützen. Beim traditionellen Filmempfang der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur Verleihung des Deutschen Filmpreises „Lola“ im April sagte der Fraktionsvorsitzende Volker Kauder, auch in der nächsten Wahlperiode gelte es, den deutschen Film in Qualität und Bedeutung zu fördern. „Politik kann aber nur die Rahmenbedingungen dafür setzen, dass sich die Kunst in Freiheit entwickelt“, fügte er hinzu.

Filmförderfonds aufgestockt

Iris Berben würdigte die Erhöhung der Mittel des Filmförderfonds um zehn Millionen Euro in dieser Legislaturperiode. Der seit 2007 bestehende Fonds war bisher mit 60 Millionen Euro pro Jahr ausgestattet, 2013 sind es erstmals 70 Millionen. Die Bundesregierung hat ihn gleichzeitig bis 2015 ver-

längert. Kauder stellte in Aussicht, dass der Filmförderfonds zu „einer konstanten Einrichtung“ werden könnte. Eine solche Entfristung wäre nach den Worten der Schauspielerin Berben ein „zukunftsweisendes Signal für unsere Branche“.

„Zukunftsweisendes Signal für die Branche“

Kulturstaatssekretär Bernd Neumann nannte den Fonds ein wichtiges Instrument, um deutsche Produktionen wettbewerbsfähig zu machen. Im vergangenen Jahr erhielten insgesamt 115 Produktionen Fördermittel aus dem Fonds – so viele wie nie zuvor. Mit den 60 Millionen Euro wurden 80 Spielfilme, 32 Dokumentarfilme und drei Animationsfilme gefördert, darunter 40 internationale Koproduktionen. Das führte zu Folgeinvestitionen alleine in Deutschland in Höhe von 352 Millionen Euro.

Qualität nicht an der Einschaltquote messen

Thema des Filmempfangs war auch das Urheberrecht im digitalen Zeitalter. Iris Berben sprach sich für eine angemessene Bezahlung von Schauspielern in der „analogen und in der digitalen Welt“ aus. Kauder, der sich seit langem dafür einsetzt, dass das Urheberrecht ein Schutzinstrument der Kreativen auch bei Verwertung ihrer Leistung im Internet bleibt, sagte: „Was im realen Leben bezahlt werden muss, das muss auch in der digitalen Welt bezahlt werden.“

Der kulturpolitische Sprecher der Unionsfraktion, Wolfgang Börnsen, forderte, dass der deutsche Film mehr Beachtung im öffentlich-rechtlichen Fernsehen finden müsse. Auch Berben verlangte mehr Sendeplätze für deutsche Filme im Fernsehen. Sie sprach sich dafür aus, dass die Filmförderung im Fernsehen „nicht nur an der Einschaltquote gemessen“ werden sollte.

Verfolgten Christen eine Stimme geben

Deutsch-österreichischer Kongress in Salzburg

Der Gastgeber des Kongresses in Salzburg nannte gleich zu Beginn alarmierende Zahlen zur Christenverfolgung. 100 Millionen Christen würden derzeit weltweit verfolgt, sagte ÖVP-Klubobmann Karlheinz Kopf. „Alle fünf Minuten wird ein Christ wegen seines Glaubens getötet“, fügte der Chef der Parlamentarier der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) im Nationalrat in Wien hinzu. „Es ist notwendig, ein Zeichen zu setzen.“

Beim Treffen von Mitgliedern des ÖVP-Klubs und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Ende April in Salzburg zogen die Abgeordneten Bilanz, wie es um die Situation der Christen steht, die in vielen Ländern bedrängt oder verfolgt werden. Der Vorsitzende der Unionsfraktion, Volker Kauder, erinnerte in seiner Rede daran, dass das Engagement für verfolgte Christen einen langen Atem benötige. Erfolge stellten sich nicht von heute auf morgen ein. Dennoch sei es gelungen, in den vergangenen vier Jahren in der deutschen Außenpolitik neue Akzente zu setzen. Gerade Politiker der Union – allen voran die Bundeskanzlerin – würden in den betreffenden Ländern die Lage der Christen immer wieder zum Thema machen. „Das ist ein Teil unserer wertegeleiteten Außenpolitik.“

„Wir dürfen nicht nachlassen“

Vor den Gästen hob Kauder hervor, dass es nicht darum gehe, einzelne Religionen zu bewerten. Ziel sei es, die Freiheit der Religion für jeden einzelnen Menschen sicherzustellen. Jeder müsse selbst entscheiden können, welcher Religion er angehören möchte. Das Thema werde auch in Zukunft aktuell bleiben: „Wir dürfen nicht nachlassen. Wir dürfen nicht zurückschrecken.“

Wie nötig das Eintreten für die Christen ist, zeigte der Bericht des Geistlichen Obiora Ike aus Nigeria. Die radikal-islamische Sekte Boko Haram terrorisiert seit Jahren weite Teile des Landes. „Jeden Tag Mord“, rief Ike den Teilnehmern des Kongresses zu. Über 600 Kirchen seien niedergebrannt worden. Millionen von Christen seien in dem Land auf der Flucht.

Zuletzt hatte sich insbesondere die Lage der Christen in Syrien zugespitzt.

Christen in Syrien in ständiger Angst

In der Stadt Homs sind nach seinen Angaben längst nahezu alle Kirchen zerstört, das christliche Leben erloschen. „Die Menschen leben in ständiger Angst. Sie wissen nicht, ob sie ihre Kinder auf die Straße lassen können. Entführungen sind an der Tagesordnung.“ Auch die Bischöfe seien vermutlich von Banden ohne einen



Foto: Ulrich Schirfack

Volker Kauder mit dem ÖVP-Klubobmann Karlheinz Kopf

Im Namen von ÖVP-Klub und Unionsfraktion bekräftigten Kopf und Kauder die Forderung nach Freilassung zweier entführter orthodoxer Bischöfe, deren Schicksal ungeklärt ist.

Am Rande des Kongresses berichtete ein Wissenschaftler, der sich seit langem mit den Christen in Syrien beschäftigt, über die Lage der Minderheit in dem vom Bürgerkrieg heimgesuchten Land. Von der einst eine Million Christen in Syrien sei mittlerweile wahrscheinlich schon ein Drittel aus dem Land geflohen, sagte Professor Aho Shemunkasho. Er lehrt am Institut für den Christlichen Osten der Universität Salzburg.

politischen Hintergrund gekidnappt worden.

Die meisten Christen seien aus Syrien in den Libanon geflüchtet. Dort seien sie weitgehend sich selbst überlassen. Zwar hätten manche Verwandte dort, viele aber auch nicht. „Ihre Lage ist schrecklich. Es fehlt an allem.“ Lösung brächte nur ein Friedensschluss der Bürgerkriegsparteien in Syrien. Über die Macht, einen solchen herbeizuführen, verfügen die beiden Regierungsfraktionen aus Deutschland und Österreich leider nicht. Ihnen bleibt nur, den verfolgten Christen eine Stimme zu geben – wie an diesem Tag in Salzburg.

„Soviel Du brauchst“

CDU/CSU-Abgeordnete und Minister auf dem Evangelischen Kirchentag

Unter dem Motto „Soviel Du brauchst“ fand Anfang Mai in Hamburg der evangelische Kirchentag statt. Viele Mitglieder der CDU/CSU-Bundestagsfraktion mischten sich unter die 130.000 Teilnehmer, um zu beten und zu diskutieren. Auf dem Podium sprachen Bundeskanzlerin Angela Merkel über Globalisierung und Klimaschutz, Bundesumweltminister Peter Altmaier über die Energiewende und Verteidigungsminister Thomas de Maizière über die Auslandseinsätze der Bundeswehr.

Für viele Kirchentagsteilnehmer gehörte ein Besuch an den Ständen der Frauen-Union, der Seniorenunion, des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK) und des Rings Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) fest zum Programm. Großen Zuspruch fand auch der traditionelle Empfang des EAK. Der Einladung ihres Bundesvorsitzenden Thomas Rachel waren am Eröffnungsabend mehrere hundert Gäste gefolgt, um das Festreferat von Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen zu hören.

Bedrängte Christen im Fokus

Anzutreffen waren Mitglieder der Fraktion auch beim Jour Fixe der Konrad-Adenauer-Stiftung, der die Situation bedrängter Christen in den Mittelpunkt stellte. Der pakistanische Ex-Minister Paul Bhatti, Bruder des ermordeten Shabbaz Bhatti, der als erster Christ einem pakistanischen Kabinett angehört hatte, berichtete von seinem Einsatz für ein besseres Miteinander der Religionen in seinem Land.

Die Beauftragte für Kirchen und Religionsgemeinschaften der CDU/CSU-Fraktion, Maria Flachsbarth, zog ein positives Fazit des Kirchentages. Sie dankte vor allem den tausenden, zumeist jugendlichen Ehrenamtlichen, ohne die die Organisation des Großereignisses nicht gelungen wäre. Ihr fröhlicher Einsatz habe einmal mehr gezeigt, was die Kirchen, ihre Verbände und ihre ehrenamtlichen Mitarbeiter für unsere Gesellschaft leisteten, erklärte Maria Flachsbarth.



Foto: Konrad-Adenauer-Stiftung

Empfang der Konrad-Adenauer-Stiftung beim Kirchentag: Ihr Vorsitzender Pöttering mit Paul Bhatti, Maria Flachsbarth und Norbert Lammert

Die Fraktion informiert

Neue Publikationen der Unionsfraktion

Vierjahresbilanz und Faltblatt Behindertenpolitik

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zieht zum Ende der Legislaturperiode Bilanz. Zehn Postkarten stellen die wichtigsten Erfolge der Koalition und Fraktion in geraffter Form und in ungewöhnlicher Bild- und Textkombination dar. Zugleich informiert das Faltblatt „Mittendrin von Anfang an“ über die Behindertenpolitik der Fraktion.

Deutschland geht es gut

Nach vier Jahren christlich-liberaler Koalition kann die Unionsfraktion eine positive Bilanz dieser Wahlperiode ziehen: Nie gab es mehr Erwerbstätige in Deutschland. Der Bundeshaushalt kommt in Ordnung. Der Euro wurde stabilisiert. Die Finanzmärkte

werden besser kontrolliert. Alles in allem: Es wurde viel erreicht.

Wie die Unionsfraktion für diese gute Entwicklung die Weichen gestellt hat, erläutern die zehn Postkarten. Diese umfassen unter anderem die Themen Euro, Haushaltskonsolidierung, Energiewende, Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik sowie Familien- und Bildungspolitik. Geplant ist außerdem eine Bilanzbroschüre, die am 4. Juni erscheinen wird.

Menschen mit Behinderung sind Teil der Gesellschaft

Das Faltblatt „Mittendrin von Anfang an“ listet die wichtigsten Fragen und Antworten zur Behindertenpolitik

auf. Menschen mit Behinderungen sollen nach Auffassung der CDU/CSU-Fraktion ihren Platz mitten in der Gesellschaft haben und an allem teilhaben können, was zum Alltagsleben gehört – ob im Kindergarten, in der Schule, im Sportverein oder am Arbeitsplatz. Das Faltblatt zeigt unter anderem die verbesserten Berufschancen von Menschen mit Behinderung auf sowie die Erfolge bei der Barrierefreiheit im Nahverkehr oder im Internet.

Die Publikationen können unter fraktion@cducsu.de kostenlos bestellt werden und stehen unter www.cducsu.de/publikationen zum Download bereit.

Blogfraktion.de in neuem Design

Blogfraktion.de, das parlamentarische Blog der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, präsentiert sich seit vergangener Woche in neuem Design. Damit passt sich die Seite dem neuen Erscheinungsbild der Fraktion an, das seit Sommer verwendet wird.

Im Blog schreiben regelmäßig nicht nur Abgeordnete und Mitarbeiter der Internetredaktion, sondern auch Fachleute aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik. Ziel des Blogs ist eine sachorientierte Erörterung von Problemen und Lösungsansätzen. Neben der klassischen Pressemitteilung ist dies eine Form, die man nutzen kann, um mit aktuellen Themen und prinzipiellen Fragen auch in die sozialen Netzwerke hineinzuwirken und Diskussionen anzustoßen. Um die Reichweite zu erhöhen, werden die Blogeinträge regelmäßig mit der Facebook-Seite der Fraktion, mit Twitter und Google+ verlinkt. Die Erkenntnisse aus den Beiträgen und Kommentaren können so direkt in die parlamentarische Arbeit einfließen.

Sie haben Ideen für einen Beitrag oder möchten einen Artikel für blogfraktion.de schreiben? Wenden Sie sich an die Internetredaktion unter der Mailadresse: internetredaktion@cducsu.de.



Zeichnung: Stuttmann

Fraktion direkt bestellen

Unser Newsletter „Fraktion direkt“ erscheint in den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages. Wenn Sie ihn künftig regelmäßig lesen wollen, können Sie ihn unter www.cducsu.de/newsletter abonnieren.

Termine www.veranstaltungen.cducsu.de

- | | |
|---------------|--|
| 10. Juni 2013 | Gedenkveranstaltung der AG Kultur zum 60. Jahrestag des 17. Juni 1953 |
| 11. Juni 2013 | Sommerfest der CDU/CSU-Fraktion im Zollpackhof |
| 14. Juni 2013 | Gedenkveranstaltung des Bundestags zum 60. Jahrestag des 17. Juni 1953 |
| 25. Juni 2013 | PKM-Sommerfest im Garten des Kronprinzenpalais |

Deutlich mehr Zuwanderung aus Südeuropa

Wiesbaden – Über eine Million Menschen zogen 2012 nach Deutschland – so viele wie seit 1995 nicht mehr. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes liegt der Grund vor allem in der starken Zuwanderung aus dem EU-Raum, insbesondere aus den südlichen Ländern, die stark von der Finanz- und Schuldenkrise betroffen sind. So kamen aus Spanien 45 Prozent mehr Menschen als 2011 nach

Deutschland. Um jeweils 43 Prozent nahm die Zuwanderung aus Griechenland und Portugal zu, um 40 Prozent aus Italien.

Auch aus Ländern, die 2004 und 2007 der EU beigetreten sind, gingen verstärkt Menschen nach Deutschland. Die deutlichste Zunahme zeigte sich mit 62 Prozent bei Slowenien, gefolgt von Ungarn mit 31 Prozent, Rumänien mit 23 Prozent, Bulgarien mit

14 Prozent und Polen mit acht Prozent.

Aus Deutschland fort zogen im Jahr 2012 insgesamt 712.000 Personen, 33.000 oder fünf Prozent mehr als im Jahr 2011. Aus der Zahl der Zu- und Fortzüge ergibt sich für 2012 ein Wanderungsüberschuss von 369.000 Personen. Dies ist ebenfalls der höchste Wert seit 1995.

Die CDU/CSU-Fraktion im Internet
www.cducsu.de
Der Blog der CDU/CSU-Fraktion
blogfraktion.de
Fraktion direkt
www.cducsu.de/fd



www.facebook.com/cducsubundestagsfraktion



www.youtube.com/cducsu



twitter.com/cducsu